



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

7. Sitzung vom 24. Februar 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.00 Uhr

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Christoph D. Maier, Brigitte Schori

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung, ihre Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, die Gemeindepräsidentin, alle Mitarbeitenden der Verwaltung, insbesondere den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger und die Protokollführerin Linda Gerstner. Weiter heisst sie alle Vertreter der Medien willkommen sowie die Gäste. Ganz besonders begrüsst die Präsidentin Oliver Peter, Mitte/GLP, der heute seine erste Sitzung hat. Er ist der Nachfolger von Michelle Röschli.

Nach der Sitzung wird es wieder einen Apéro geben, den der Gemeinderat offeriert.

Die Präsidentin bittet alle Ratsmitglieder bei ihren Voten deutlich ins Mikrofon zu sprechen und das Mikrofon direkt vor den Mund zu halten. Dafür wäre sie dankbar, da die Voten sonst hier vorne auf der Bühne schlecht zu verstehen sind.

Präsenz

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Brigitte Schori und Christoph D. Maier, beide FDP. Zudem hat sich Gemeinderat Philippe Meerwein krankheitsbedingt entschuldigt und Gemeinderätin Rahel Bänziger wird sich leicht verspäten, da sie noch etwas zu Hause holen musste. Damit sind heute 38 Personen im Rat. Das absolute Mehr liegt bei 20 und das Zweidrittelmehr bei 26.

Neue Vorstösse

Nr. 49, Interfraktionelles Postulat: Energiestrategie

Nr. 50, Interfraktionale Interpellation: Ertragssteuerfuss und Standortattraktivität

Nr. 52, Interpellation R. Büchelin, SP: Ranger/in

Nr. 53, Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung

Nr. 54, Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen

Nr. 55, Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen

Präsidentin Karin Müller, SP fragt, ob jemand seinen Vorstoss begründen möchte. Das ist nicht der Fall.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 27. Januar 2025	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Energiefonds - Bericht 2024, Ausblick Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	45
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Interpellation H. Steffen, SVP: Öffentliche Anlagen Paradiesstrasse/ Weinbergstrasse, Hölzlistrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	18
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Motion Th. Schwarb, Grüne: Veloroute Leimental in Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	19

5.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Interpellation K. Lancashire, FDP: Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen - Kostenentwicklung genauer beleuchten Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller	21
6.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.02.2025 Teilrevision Steuerreglement der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	51
7.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.02.2025 Postulat R. Oberli, SVP: Fairer Plakatierungsprozess für die Binninger Politik Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	14
8.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.02.2025 Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	47
9.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 27. Januar 2025

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP teilt mit, beim Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 45

Energiefonds - Bericht 2024, Ausblick

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Ralph Büchelin, SP dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht über den Energiefonds. Der Fonds besteht seit 2014 und unterstützt Wärmepumpen, Solaranlagen, Isolationsmassnahmen etc. Von den anfänglich 2,6 Mio. Franken ist noch ca. eine halbe Million Franken übrig. Jetzt müssen Einsparungen vorgenommen werden. Der Gemeinderat schlägt vor, keine Mittel aus dem Fonds mehr für Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden zu sprechen. Das ist sicher gerechtfertigt. Zudem sollen Beiträge an private Solaranlagen überprüft werden, wobei diese nicht zu drastisch gekürzt werden sollten. Der Motivator durch diese Förderung sollte beibehalten werden. Begrüssenswert ist auch, dass der Fokus vermehrt auf den Einsatz von Wärmepumpen in Mehrfamilienhäusern gerichtet wird, die den Einfamilienhäusern hinterherhinken. Und zuletzt sollen die Wärmeverbundanschlüsse besser bekannt gemacht werden, wobei diese Anschlüsse auch nicht überall möglich sind. Der Fonds soll weiter gespeist werden aus Rückflüssen von Solaranlagen der Gemeinde in der Höhe von 25 000 Franken pro Jahr und aus Geldern ev. aus dem Gemeindebudget. Zudem wären Konzessionsabgaben auf Fernwärme wie beim Gasnetz möglich, wodurch etwa 28 000 Franken pro Jahr zusammenkämen. Das wäre dann zusammen mit den Rückflüssen der Solaranlagen 53 000 Franken pro Jahr. Für weitere Massnahmen und eine Speisung des Energiefonds soll dem Einwohnerrat ein separates Geschäft vorgelegt werden. Dieses Geschäft wartet die SP-Fraktion nun ab.

Urs Hauri, Grüne/EVP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für den Bericht zum Energiefonds und die Abfrage, was die Fraktionen zu den Intentionen denken. Die Grünen/EVP sind mit dem Gemeinderat einig, dass der Energiefonds weiterzuführen ist und sie sind gespannt auf das Geschäft. Da das Geld im Energiefonds zur Neige geht und auch in Zukunft knapp sein wird, finden sie ebenfalls, dass man die Erträge der bestehenden Fotovoltaikanlagen brauchen sollte, um in Zukunft weitere Subventionen zu ermöglichen und die Fotovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden nicht über diesen Fonds steuern sollte, sondern über das allgemeine Budget. Aktuell ist die Fraktion der Ansicht, dass man zusätzliche Mittel aus dem allgemeinen Gemeindebudget nehmen sollte anstelle einer Konzessionsabgabe auf den Wärmeverbund, den man ja gleichzeitig auch unterstützen und fördern möchte. Das würde sich sonst etwas beissen. Die Grünen/EVP möchten an dieser Stelle nochmals betonen, dass sie selbstverständlich immer noch hoffen, dass für die Wärmeherzeugung im Wärmeverbund deutlich mehr erneuerbare Energie gebraucht wird als dies bisher der Fall ist.

Felix Gerber, Mitte/GLP schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat für die Berichterstattung und an das Beratungsunternehmen, welches den hervorragenden Bericht geschrieben hat, an. Die Mitte/GLP ist grundsätzlich erfreut, dass dieser Fonds so genutzt wurde. Eigentlich ist es ja ein gutes Zeichen, dass das Geld bald aufgebraucht ist. Schlussendlich ist es ein zielgerichteter Rückfluss dieser Mittel an die Bürger/innen und die Gemeinde. Leider ist es so, dass wir uns dafür gerne auf die Schulter klopfen, aber trotzdem noch ziemlich hinterherhinken in vielen Bereichen. Es wird z.B. erst 7,7 Prozent des Solarpotenzials in Binningen genutzt und erst 20 Prozent der Heizungen sind erneuerbar. Das ist weniger als die Hälfte des Durchschnitts der Schweiz. Das heisst, es muss noch viel getan werden. Man kann sich fragen, ob dieser Fonds wirklich eine sinnvolle Variante ist. Seine Fraktion denkt ja, in Anbetracht der limitierten Möglichkeiten, die man auf Gemeindeebene hat, um seinen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Vielleicht noch ein paar Gedanken zu den zwei grossen Fragen: Was soll weiter gefördert werden und wie soll man dies finanzieren? Die Fraktion ist grundsätzlich mit den meisten Vorschlägen im Bericht einverstanden. Insbesondere die Förderung von Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch und von lokalen Elektrizitätsgemeinschaften macht sicher Sinn, da es mitunter auch die Netzstabilität fördert.

Die Förderung von Fotovoltaikanlagen ist tatsächlich etwas kompliziert. Die Anlagen sind mittlerweile selbsttragend, aber trotzdem ist es noch so, dass für viele Leute eine grosse Unsicherheit herrscht, wenn es um diese Investitionen geht. Die Mitte/GLP findet, man müsse gut abwägen, ob man das jetzt schon reduzieren will. Auf der anderen Seite ist es so, dass der Bund eine zusätzliche Förderung für Fassadenanlagen implementiert hat. Ebenso könnte man kleine Balkonanlagen für Leute bedenken, die vielleicht keine Dachflächen zur Verfügung haben für Dachanlagen. Der Redner ist der Ansicht, für die Finanzierung sei es vermutlich wirklich etwas problematisch, nun eine Konzession auf die Fernwärme zu erheben. Es gibt Beispiele aus anderen Gemeinden, wo Leuten mit einem Fernwärmeanschluss versprochen wurde, dass sie günstig erneuerbare Energie erhalten. Wenn nun darauf eine Konzession erhoben wird, sollte man sicher die Gesamtkosten betrachten und vermeiden, dass die Fernwärmebezüger allenfalls mehr oder nicht mehr deutlich weniger bezahlen als die, die fossil heizen. Natürlich ist auch eine Finanzierung aus dem Gemeindebudget keine optimale Massnahme. Die Fraktion ist sich nicht ganz sicher, ob es möglich ist, sie denken aber, für eine langfristige Finanzierung sollte man überlegen, ob es allenfalls eine Möglichkeit gibt, den Fonds über eine Lenkungsabgabe zu finanzieren. So könnte man budgetneutral und mit Wirkung auf beide Seiten, sowohl Förderung wie auch Abgabe auf fossile Brennstoffe, vielleicht das Doppelte erreichen, ohne Geld in die Hand nehmen zu müssen. Die Mitte/GLP nimmt den Bericht zur Kenntnis und ist wirklich sehr gespannt auf das Geschäft, welches dem Einwohnerrat dazu vorgelegt werden wird.

Roman Oberli, SVP teilt mit, die SVP nehme den Bericht zur Kenntnis.

Evelyne Treuthardt, FDP äussert, die FDP bedanke sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführliche Berichterstattung zum Energiefonds. Zur politischen Frage, wie es mit dem Energiefonds weitergehen soll, ist die FDP der Meinung, dass es eine Strategie zur Auflösung des Energiefonds braucht. Der Energiefonds wird in absehbarer Zeit aufgebraucht sein. Die Fraktion möchte kein Fass ohne Boden schaffen, in welches ständig Steuergelder einbezahlt werden müssen. Die FDP empfiehlt die Kenntnisnahme.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 des Gemeinderats: Kenntnisnahme.

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 01, vgl. Anhang)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt den Bericht über den Energiefonds Binningen zur Kenntnis.

://: 2. Die Berichterstattung erfolgt wiederkehrend, abgestimmt auf die Energiestrategie.

Traktandum 3

Nr. 18

Interpellation H. Steffen, SVP: Öffentliche Anlagen Paradiesstrasse/ Weinbergstrasse, Hölzlistrasse

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP informiert, dass die Antworten den Ratsmitgliedern schriftlich vorliegen. Sie fragt den Interpellanten, ob er mit den Antworten zufrieden ist oder ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Hubert Steffen, SVP ist nicht zufrieden mit den Antworten und beantragt Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 35 JA / 3 Enthaltungen (Abstimmung 02)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellant Hubert Steffen, SVP erklärt, die vorliegenden Antworten seien aus Sicht der SVP einfach schön dargestellt. Er hat mit den Anwohnenden der Paradiesstrasse, Weinbergstrasse und Hölzlistrasse gesprochen und die Realität sieht nach wie vor anders aus. Die Sauberkeit lässt immer noch zu wünschen übrig. Auch das Zurückschneiden von Bäumen sei eine Katastrophe und nicht korrekt gemacht. Den Redner würde zudem interessieren, ob die Gemeinde Binningen, die die Aufträge vergibt, diese auch entsprechend kontrolliert.

Evelyne Treuthardt, FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Die FDP-Fraktion schliesst sich der Meinung an, dass die Anlagen in einem guten Zustand sind und kein Handlungsbedarf besteht. Sie empfehlen die Kenntnisnahme.

Nina Eldridge, Mitte/GLP dankt dem Interpellanten für die Interpellation und dem Gemeinderat für die Beantwortung. Die Mitte/GLP teilt grösstenteils die Meinung des Gemeinderats, dass diese Anlage in einem guten Zustand ist. Es ist gewollt, dass diese Wiese natürlich wachsen kann. Das fördert die Biodiversität und ist gut für die Umwelt. Die Kritik, welche der Interpellant beschreibt, empfindet die Fraktion als übertrieben und nicht als Problem. Sie sehen daher auch keinen Handlungsbedarf von Seiten des Gemeinderats. Die Frage, ob dem Gemeinderat bewusst sei, wie schädlich dies für das Bild von Binningen ist, ist auch weit hergeholt. Die Mitte/GLP nimmt nicht an, dass das Erscheinungsbild dieser Anlage Personen davon abschreckt nach Binningen zu kommen. Dass genau von der Fraktion Kritik an der Arbeit der Drittfirma kommt, die immer dafür plädiert, mehr Arbeiten des Werkhofs auszulagern, ist widersprüchlich. Vielleicht steht die SVP-Fraktion in der nächsten Diskussion über den Werkhof ja doch noch dafür ein, dass es einen anständigen Neubau gibt. Hätte Binningen diesen nämlich, müsste man die Arbeit nicht auslagern.

Karin Glaser, Grüne/EVP fragt sich ernsthaft, wie viele Personen sich wirklich beschwert haben. Im Moment sind es zwei, drei Personen auf 15 500 Einwohnende der Gemeinde, die das Gefühl haben, wegen ihnen müssen man die Welt wieder ebnen. Die Anlage ist in Ordnung. Die Biodiversität freut sich riesig, dass es keine «geschleckte» Angelegenheit ist. Wenn man diese Anlage «geschleckter» haben möchte, dann kostet es mehr. Die Rednerin weiss, dass die SVP unglaublich am Sparen ist. Diesen Punkt müsste

man sich überlegen. Mehraufwand gleich Mehrkosten. Besser gepflegt gleich Mehrkosten. Sie findet es ok, wenn dort Käfer und Insekten Platz haben zum Herumschwirren.

Ralph Büchelin, SP ging mit seiner Frau gestern extra auf einem Spaziergang nebst der Baustelle des Campus auch diesen Park anschauen. Der Park schien ihm sehr gut gepflegt. Eine Red Bull-Dose hat er gesehen, aber sonst war alles tipptopp. Es schien im fast etwas zu viel. Seines Erachtens könnte man die Natur dort durchaus noch etwas mehr wachsen lassen. Es wäre vielleicht auch ein wenig schallisolierend für die Anwohnenden, die darüber wohnen. Er sieht keinen grossen Handlungsbedarf.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die freundlichen Voten. Sie hat diesen nicht viel zuzufügen. Aber der Interpellant hat noch eine Frage gestellt, nämlich ob die Arbeiten von der Gemeinde kontrolliert werden. Selbstverständlich ist das so. Dort, wo Arbeiten vergeben werden, werden sie selbstverständlich kontrolliert. Alles andere wäre nicht sehr seriös.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 4

Nr. 19

Motion Th. Schwarb, Grüne: Veloroute Leimental in Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat namens ihrer Fraktion für die wohlwollende Aufnahme der vorliegenden Motion. Die Veloroute Leimental ist eine sehr wichtige Pendlerstrecke zur Anbindung des Leimentals an die Stadt Basel, vergleichbar mit der Haupt- und Baslerstrasse für die Autofahrenden. Wenn eine solch wichtige Verkehrsverbindung über den Dorf- und Pausenplatz durch eine Begegnungszone führt, ist es klar, dass es Konflikte gibt. Erst recht mit Baustelle und E-Bikes. Wenn diese Route am gleichen Ort verbleibt, wäre wahrscheinlich nur eine Über- oder Unterführung geeignet, um den verschiedenen Nutzern gerecht zu werden. Selbst wenn das Problem gelöst werden würde, wäre der Anschluss an den Dorenbachkreisel immer noch relativ schlecht gelöst. Dort löst sich diese Veloroute nämlich in Luft auf. Jeder, der schon einmal versucht hat, mit einem Fahrradanhänger in den Dorenbachkreisel einzuspüren, weiss dies. Dass der Platz dort unten knapp ist und der Kanton an den Kantonsstrassen relativ viel zu sagen hat, ist alles bekannt. Das Tiefbauamt Basel-Landschaft hat scheinbar eine Machbarkeitsstudie beauftragt, um überprüfen zu lassen, ob man die Velovorzugsroute über den Birsigufweg leiten könnte. Die Frage ist, ob dies nicht in Konflikt mit den Ausbauplänen des Zollis steht. Ausserdem steht in einem der letzten Vorstösse, dass der Gemeinderat plant abzuklären, ob die Route über die Hauptstrasse geleitet werden kann. Die Fraktion würde gerne wissen, wo diese Studie momentan steht. Auch dort gibt es relativ wenig Platz insbesondere mit den Parkplätzen der Autos.

Die Grünen/EVP wissen, dass die Handlungsfähigkeit beschränkt ist, da die Planung der Veloroute im Aufgabengebiet des Kantons liegt. Trotzdem ist es ein sehr wichtiges Anliegen, dass für die Bewohner/innen des hinteren Leimentals die Möglichkeit besteht, mit dem Velo in die Stadt zu kommen. Der Motionär ist der Meinung, dass eine Motion laut Geschäftsordnung des Einwohnerrats auch einen Einwohnerratsbeschluss verlangen kann. Aufgrund der Tatsache, dass bereits ein Postulat auf Gemeindeebene und ein Postulat auf kantonaler Ebene keinen Fortschritt gebracht haben, möchten sie die Motion nicht in ein Postulat umwandeln. Die Fraktion ist also für Überweisung an den Gemeinderat, aber möchte die Motion nicht in ein Postulat umwandeln.

Daniel Setz, FDP bedankt sich beim Gemeinderat für den Bericht, der doch relativ detailliert ist. Die Fraktion ist sich bewusst, dass es eine komplexe Situation ist, dort eine Lösung zu finden. Nicht zuletzt, weil der Kanton noch mitspielt und sich dadurch vieles verkompliziert. Die FDP wünscht sich aber, dass der Gemeinderat beim Kanton sehr aktiv auf eine Lösung drängt. Nicht, dass es einfach Jahr für Jahr vor sich hergeschoben wird und am Ende nie Lösungen kommen. Ein Punkt erschien der Fraktion interessant, nämlich der Bericht über die Geschwindigkeit auf diesem doch relativ komplizierten Abschnitt, auf dem sich viele verschiedene Parteien bewegen. Seien es Kinder, Personen, die Einkaufen gehen und natürlich die Velofahrenden. Sie finden, dass ein Tempo von 20 km/h in einer solchen Zone sicher eher ein Maximaltempo sein sollte, was, wenn man dort mit 25 km/h im Durchschnitt durchfährt, ja eigentlich ganz akzeptabel sein sollte. Die FDP möchte den Gemeinderat gerne auffordern, sicherzustellen, dass das Geschwindigkeitslimit und das Verkehrsgesetz auch auf dieser Strecke eingehalten werden.

Lukas Jegge, Mitte/GLP schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und die darin enthaltenen Aussagen an. Auch der Mitte/GLP sind sichere Velowege in Binningen ein wichtiges Anliegen. Der Bericht weist u.a. auf die getroffenen Massnahmen im Bereich der Begegnungszone Dorfplatz hin. Die Massnahmen, namentlich die farblichen Markierungen in diesem Perimeter, erachtet die Fraktion als ersten Schritt und wünscht sich nach der Fertigstellung des Campus weitere Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für Velofahrende und Fussgänger. Sie entnehmen dem Bericht zudem, dass die Machbarkeitsstudie des Tiefbauamts eine neue Linienführung für das Gebiet dort vorsieht, so dass die Sicherheit der Radfahrenden und Fussgänger erhöht wird. Offenbar ist diese Studie noch immer beim Tiefbauamt Basel-Landschaft in Bearbeitung. Die Mitte/GLP bittet die Gemeindepräsidentin beim Tiefbauamt Basel-Landschaft nachzuhaken und etwas Dampf aufzusetzen. Die Fraktion sieht nach wie vor Handlungsbedarf, nicht nur im Perimeter Postgasse, Schulcampus, Gemeindeverwaltung. Es gibt weitere neuralgische Punkte entlang des Velowegs Richtung Bottmingen. Der Redner geht davon aus, dass diese allen Anwesenden bekannt sind. Weihermattstrasse/Amerikanerstrasse, Schlossgasse/Amerikanerstrasse, Schafmattweg/Gorenmattstrasse und natürlich die Einmündung bei der Gemeindeverwaltung in die Hauptstrasse. Hier gibt es seines Erachtens noch Handlungsbedarf. Die Mitte/GLP folgt den beiden Anträgen des Gemeinderats.

Richard Bräunlich, SP äussert, auch die SP danke für den ausführlichen Bericht des Gemeinderats. Die Fraktion hat diesen interessiert durchgelesen. Sie finden die Situation im Moment gar nicht so schlecht. Man hat sich Mühe gegeben mit den Farben und auch teilweise mit Geländern. Der Votant ist begeisterter Velofahrer und fährt dort auch häufig durch. Es scheint ihm einfach wichtig, dass man in manchen Situationen, wenn die Kinder Pause haben oder zur Schule gehen, vorsichtig durchfährt. Wenn man dies einhält und rücksichtsvoll ist, ist es eigentlich kein Problem. Die SP ist gespannt, welche Lösungen erarbeitet werden und schaut positiv in die Zukunft.

Konrad Widmer, SVP wollte das Gleiche sagen wie Daniel Setz, aber natürlich in seinen eigenen Worten. Nun verzichtet er darauf und schliesst sich im Namen der Fraktion den Anträgen des Gemeinderats an.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP führt aus, es sei mehrfach betont worden, der Gemeinderat solle dem Kanton Beine machen, beim Tiefbauamt die Studie anmahnen und Druck machen. Sie verspricht den Anwesenden, dass sie das machen. Es ist nicht immer einfach, aber man ist daran. Gerade

heute hat die Votantin erfahren, dass die Studie in Kürze abgeschlossen werden soll. Was immer «in Kürze» heisst. Aber der Gemeinderat ist daran und macht wirklich Druck, soweit er das kann. Die Frage der Grünen, ob es eine Diskrepanz zu den Zolli-Ausbauplänen geben könnte, kann sie insofern beantworten, als dass es keine Diskrepanz gibt. Es werden schlicht und einfach alle Möglichkeiten abgeklärt. Nicht, dass man sich eine Lösung verbaut, die vielleicht super wäre und alle Probleme lösen würde, aber nicht umsetzbar ist nur, weil man möglicherweise in 10, 15, 20 Jahren dort ein anderes Erweiterungsprojekt hat. Es scheint ihr relativ klar, dass man alles abklärt, damit wirklich alle Optionen auf dem Tisch liegen. Bzgl. der Geschwindigkeit, der 25 km/h, die als akzeptabel gelten. Es ist nun mal so, dass mit dem V85-Wert die Geschwindigkeit bei 25 km/h liegt. Ja, in einer 20er-Zone ist dies eigentlich zu hoch. Entscheidend scheint der Gemeindepräsidentin aber, dass das Monitoring ergeben hat, dass man, wenn Leute unterwegs sind, abbremst, gegenseitig Rücksicht nimmt und es keine Gefahrensituationen gibt. In dieser Begegnungszone Geschwindigkeitskontrollen mit Velos durchzuführen, ist nicht ganz einfach und stellt auch wieder eine Möblierung dar, die im Weg ist bei dem vielen Verkehr, der dort durchfährt. Aber die Polizei ist vor Ort, sensibilisiert und das Ergebnis zeigt im Moment, dass es funktioniert, auch wenn es, wie der Bericht sagt, unkonventionell ist.

Was die Gemeindepräsidentin in diesem Zusammenhang noch erwähnen möchte: Es mussten verschiedene Massnahmen geprüft werden, welche im Zusammenhang mit der Schule und der Baustelle auch umgesetzt werden. Dort hat am Anfang das Regime noch nicht so richtig funktioniert, wobei es auch noch nicht so richtig umgesetzt war und bereits vorher Stimmen gab, die sagten, es müsse etwas gemacht werden. Der Gemeinderat hat dies angeschaut. Es gibt gewisse Massnahmen, die umgesetzt werden. Die Kommunikation dazu folgt diese Woche im Binniger Anzeiger. Die Anwesenden haben jetzt einen Primeur zu diesem Thema. Das Ziel der neuen Massnahmen ist eine komplette Entflechtung der Fussgänger- und der Autoströme. Mit diesen Massnahmen, die jetzt beschlossen wurden, sollte dies auch funktionieren. Es braucht noch gewisse Publikationen des Kantons. Diese werden auch diese Woche publiziert. Sobald dann alles rechtskräftig ist, kann man es umsetzen, sodass die Massnahmen, die v.a. die Schülerinnen und Schüler betreffen, bis spätestens zu den Frühlingsferien umgesetzt werden sollten. Dies noch als Ergänzung hierzu. Der letzte Punkt ist mehr ein formeller Hinweis an die Grünen. Man kann ein Postulat Motion nennen, es bleibt ein Postulat. Daher bringt es auch nichts, darauf zu bestehen, es nicht in ein Postulat umzuwandeln.

Marco Giani, FDP möchte noch eine Anmerkung zur Geschwindigkeit machen. Wenn man davon ausgeht, dass ein normaler Velofahrer ohne Motorunterstützung mit 15 km/h dort durchfährt und man hat einen Schnitt von 25 km/h, dann geht er davon aus, dass die elektrifizierten Velos mit 35 bis 40 km/h dort durchfahren. Das findet er viel zu hoch. Der Votant hat selbst schon gesehen, dass teilweise nicht abgebremst wird. Dann relativieren sich die 25 km/h wieder. Gerade weil es dort Kinder hat, Einkäufer, ältere Leute und man brettet einfach durch. Er bittet darum, sich dies zu Herzen zu nehmen und nicht einfach zu sagen: «Ok, es ist in der Norm.». Für ihn ist es viel zu hoch, was die Elektrovelos betrifft. Ein normaler Velofahrer fährt dort vielleicht mit 15 km/h durch oder noch weniger, ausser es ist ein sportlicher Fahrer, dann ist er vielleicht schneller. Das wollte er noch ergänzen. Das wäre ihm wichtig.

Urs Hauri, Grüne/EVP hat eine Frage an den Gemeinderat. Hat man sich überlegt, eine mobile Anzeige der Geschwindigkeit, wie man sie manchmal auf Quartierstrassen sieht, anzubringen, die den Leuten zeigt, wie schnell sie wirklich fahren? Er fährt jeden Tag mehrfach dort durch und denkt manchmal, es ist nicht allen bewusst, was eigentlich 20 km/h heisst. Man hat auf vielen Velos keinen Tacho, auch auf den einfachen E-Bikes nicht. Manchmal hat eine solche Anzeige einen gewissen Nutzen. Er weiss es nicht, würde aber gerne wissen, ob man sich dies überlegt hat.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP antworten, ja, das habe man. Das Problem ist, man muss es gescheit aufhängen können, damit die Messung auch funktioniert. Das ist dort nicht ganz einfach, weil es nicht viele gute Orte gibt, um es aufzuhängen und dann auch noch klar ist, wer was aufnimmt. Aber man kann dies durchaus nochmals anschauen. Was auch Teil der Massnahmen ist und noch kommen

wird, ist, dass man das 20 nochmals schön gross für alle sichtbar, auch für die, die schnell durchfahren oder nicht gut sehen, markieren wird. Man wird sicher auch nochmals schauen, ob man die Smileys, die man von anderen Orten kennt, aufhängen kann. Das kann man sicher noch einmal anschauen.

Marco Giani, FDP findet, ansonsten müsste man halt einmal zwei, drei Wochen büssen. Es sind immer die gleichen Personen, die dort durchfahren. An anderen Orten werden die Verkehrsteilnehmenden mit vier Rädern auch gebüsst. Dann könnte man dort vielleicht die, die mit 30, 35, 40 km/h durchfahren auch einmal büssen.

Karin Glaser, Grüne/EVP ist immer am Freitagmorgen auf dem kleinen, feinen Binner Markt auf dem Wendeplätzchen beim Kronenmattsaal am Gemüse verkaufen. Dort geht der Veloweg durch. Die Gemeinde stellt jeweils zwei Dreiecke mit Leuchtlampen auf. Die Velofahrenden brettern durch und erschrecken immer, weil es eine Schwelle hat, um ein Kabel zuzudecken. Es ist noch nie jemand gestürzt, aber vielleicht kommt das noch. Trotz der blinkenden Warnsignale, die anzeigen: «Achtung, hier ist etwas», wird vorbeigefahren wie verrückt. Dank der Postgasse etwas weiter vorne müssen die Velofahrenden vielleicht etwas abbremesen und sind danach nicht mehr ganz so schnell unterwegs. Aber die Rednerin kann sich nicht vorstellen, dass sie vor den Schulhäusern langsamer fahren, wenn sie dort schon so durchbrettern.

ABSTIMMUNG

Umwandlung in Postulat: 32 JA / 6 NEIN (Abstimmung 03)

Überweisen: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: 1. Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt.

://: 2. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 21

Interpellation K. Lancashire, FDP: Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen - Kostenentwicklung genauer beleuchten

Präsidentin Karin Müller, SP weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern auch diese Antworten schriftlich vorliegen. Sie fragt den Interpellanten, ob er zufrieden ist mit den Antworten.

Interpellant Kevin Lancashire, FDP signalisiert seine Zufriedenheit mit Kopfnicken.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Die Beantwortung der Interpellation wird zur Kenntnis genommen.

Teilrevision Steuerreglement der Gemeinde Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Aline Glaser, Grüne/EVP führt aus, ihre Fraktion bedanke sich beim Gemeinderat für den Bericht. Wie man lesen kann, zeigt der Bericht viele Vorteile durch die Teilrevision des Steuerreglements v.a. auf lange Zeit in finanzieller Hinsicht sowie steigende Effizienz und Entlastung für die Gemeindeverwaltung und dies ohne, dass ist für die Grünen/EVP ein wichtiger Punkt, dass jemand entlassen werden muss. Ihrer Ansicht nach wäre es bei diesem Bericht noch optimal gewesen, wenn man eine ungefähre Kostenaufstellung gehabt hätte. Die Grünen/EVP nehmen alle drei Anträge des Gemeinderats an.

Hubert Steffen, SVP möchte sich vorab im Namen der SVP für die vorliegende Teilrevision des Steuerreglements bei der zuständigen Gemeinderätin bedanken. Die Fraktion hat das Geschäft gelesen und noch Verständnisfragen, die der Redner der zuständigen Gemeinderätin gerne stellen möchte. Es steht, aktuell sei keine Software verfügbar, welche den Steuerbezug der Gemeinde sicherstellt. Das Inkasso bleibt bis Ende 2025 bei der Gemeinde Binningen. Bis alle Fälle abgeschlossen sind, geht es sicher nochmals drei bis vier Jahre. Einsprachen beim Kanton, Nachsteuerverfahren usw. In dieser langen Zeit muss die Verbindung zum Inkasso gewährleistet sein. Wie wird aus Sicht der Gemeinde sichergestellt, dass das Inkassoprogramm noch so lange betriebsbereit ist? Die Softwareumstellung der Steuerverwaltung Basel-Landschaft und der Gemeinde Binningen in diesem Jahr würde ja eigentlich einen optimalen Zeitpunkt dafür geben. Die neue Einreichung der Steuererklärungen beim Kanton: Was sind die Gründe für diesen plötzlichen Wechsel, dass die Steuererklärungen beim Kanton eingereicht werden müssen? Es heisst, es gebe keine Qualitätseinbussen. Neu werden aber zwei Ansprechpersonen involviert (Veranlagung und Inkasso). Geht die SVP richtig in der Annahme, dass Inkassofragen in Zukunft unter Umständen den Gang nach Frenkendorf erfordern? Für den Votanten sind Inkassofragen etwas Persönliches und deshalb wäre es den Einwohnern von Binningen lieber, diese Fragen in der Umgebung der Gemeinde Binningen lösen zu können. Er findet, die Inkassoschalter in Frenkendorf gleichen einer Massenabfertigung und es bestehen sehr lange Wartezeiten. Zum Inkasso: Hat dieser Meinungsumschwung auch mit der neuen Gesetzgebung per 1. Januar 2025 zu tun, wo Betreibungen nun auf Konkurs anstatt auf Pfändung vorgenommen werden müssen?

Gian Kamber, Mitte/GLP signalisiert, die Mitte/GLP begrüsse die Teilrevision des Steuerreglements. Die Übertragung des Steuerbezugs an die kantonale Steuerverwaltung ermöglicht eine zentrale Rechnungsstellung, sodass die steuerpflichtigen Bürger/innen in Binningen künftig nur noch eine Steuerrechnung erhalten werden. Das spart sowohl Zeit wie auch Aufwand. Ein weiterer Vorteil entsteht dadurch, dass sich Binningen eine neue Softwarelösung sparen kann, die mit hohen Anschaffungskosten verbunden wäre. Zudem würde sich der Bezug einer sicheren Softwarelösung nach Aussage des Gemeinderats momentan sowieso schwierig gestalten. Ein weiterer Vorteil entsteht durch den Wegfall von Vollzeitstellen im Bereich der Steuerbewirtschaftung, wodurch die Gemeinde Personalkosten einsparen kann. Die Bezugsentschädigung von 20 Franken pro steuerpflichtige Person ist ein vertretbarer Betrag, da sich die Auslagerung aus finanzieller Sicht längerfristig lohnt. Die Geldüberweisung des Kantons an die Gemeinde findet täglich statt und die Steuerveranlagung bleibt Sache der Gemeinde Binningen. Dadurch drohen auch keine Qualitäts- und Liquiditätseinbussen. Bei Problemen und Fragen bzgl. ihrer Steuerrechnung können sich die Bürger/innen in Binningen weiterhin direkt an die Gemeinde wenden. Insgesamt führen die Massnahmen zu Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen, was die Mitte/GLP ausdrücklich unterstützt. Daher ist die Fraktion für eine Anpassung des Steuerreglements, des Feuerwehrreglements und des Reglements zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP erklärt, die FDP beurteile die Notwendigkeit der Teilrevision mit den entsprechenden Anpassungen im Steuerreglement, Feuerwehrreglement und dem Reglement zu den Ergänzungsleistungen der Gemeinde als sinnvoll. Insbesondere die Zentralisierung der Rechnungsstellung an den Kanton sieht die Fraktion mittel- bis langfristig als finanzielle Entlastung für die Gemeinde und als Vereinfachung für die steuerpflichtigen Personen. Die Gemeinde spart sich mit der Auslagerung hohe Investitionskosten für neue Software. Die FDP sieht die 20 Franken im Gegenzug, die der Kanton der Gemeinde pro steuerpflichtige Person verrechnet, trotz allem als Kostenreduktion für die Gemeinde und ist in diesem Sinn einverstanden damit und erachtet es als richtig. Die Fraktion sagt Ja zum Steuerreglement, Ja zum Feuerwehrreglement und zur Teilrevision des Reglements zu den Ergänzungsleistungen.

Lewin Lempert, SP teilt mit, die SP begrüsse die Änderungen des Steuerreglements und der dazugehörigen anderen Reglemente. Die Argumente dafür wurden genannt. Insbesondere Effizienzsteigerung als Stichwort. Er möchte es daher nicht weiter in die Länge ziehen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich ganz herzlich für die positiven Voten und möchte noch die Fragen der SVP beantworten. Es ging dabei um die Software, die den Steuerbezug der Gemeinde sicherstellt. Es ist so, dass das Inkasso bis zum 31.12.2025 bei der Gemeinde verbleibt. Die aktuelle Softwarelösung endet per Ende 2026. Das heisst, ein grosser Teil des Inkassos der Steuerrechnungen für das Jahr 2025 kann noch mit der bestehenden Lösung abgewickelt werden. Die verbleibenden Restanzen, das wären die Steuerjahre 2025 und die früheren Jahre, müssen dann mit einer neuen Software verwaltet werden. Das ist korrekt. Eine geeignete Softwarelösung ist zurzeit in der Identifikationsphase und wird gefunden, damit man einen reibungslosen Übergang gewährleisten kann. Dann kam die Frage zur Einreichung der Steuererklärung beim Kanton. Die Votantin möchte vorausschicken, dass die Veranlagungen auch in Zukunft von Binningen gemacht werden. Diese werden nicht an den Kanton ausgelagert. Sie vermutet, der Fragesteller spreche die Verzögerungen an, die der Kanton angekündigt hat. Es gibt eine Softwareumstellung in der Steuerverwaltung. Der Kanton Baselland bringt die Steuersoftware NEST, mit der alle arbeiten, auf den neusten Stand. Neben Baselland sind es 13 andere Schweizer Kantone, die die gleichen IT-Systeme benutzen. Seit 2013 wird das System kontinuierlich weiterentwickelt.

Über Ostern ist für ca. drei Wochen, vom 12. April bis zum 4. Mai, die grösste und grundlegendste Systemanpassung mit einer neuen Anwendersoftware in Planung. Dieses Update erfolgt im Zug der zunehmend digitalisierten Prozesse und sollte dann schlussendlich für effizientere Arbeitsprozesse sorgen. Stand heute sind es rund 65 Prozent der Steuererklärungen, die vollelektronisch eingereicht werden. Die restlichen 35 Prozent kommen noch in Papierform. Diese werden ab dem Steuerjahr 2024 an den Kanton eingereicht, der ein Scanning Center aufgebaut hat. Dort werden diese Steuererklärungen eingescannt und das Papier wird anschliessend zu 100 Prozent vernichtet. Dementsprechend wird die Gemeinde keine Steuererklärungen in Papierform mehr erhalten. Dieser Prozess gilt im Übrigen für alle Baselbieter Gemeinden. Aber, wie gesagt, die Veranlagungen werden auch weiterhin in Binningen gemacht. Darauf hat auch der Prozess des Vollscannings keine Auswirkung. Der Prozess des Scannens stellt einfach sicher, dass alle selbstveranlagenden Gemeinden die digitalisierten Steuererklärungen in der gleichen Qualität und Form erhalten. Im Weiteren möchte sie festhalten, dass die kantonale Steuerverwaltung im Moment gar keinen Platz hätte für andere Gemeinden. Also wenn man jetzt die Veranlagung auch übertragen möchte. Sie mussten nämlich bereits Räumlichkeiten in Muttenz anmieten infolge von Platzproblemen.

Dann hatte die SVP Inkassofragen bzgl. der Schalter. Ansprechpartner für die Veranlagungen bleibt weiterhin das Ressort Steuern in der Gemeinde Binningen. Die Gemeinde Binningen bleibt bis einschliesslich Steuerjahr 2025 weiterhin auch Ansprechpartner für Inkassofragen. Die Gemeinde steht den Einwohnerinnen und Einwohnern weiterhin für Auskünfte über geleistete oder ausstehende Zahlungen der Gemeindesteuern und für Zahlungsabkommen und Kontoauszüge zur Verfügung. Ab dem Steuerjahr 2025 übernimmt dann der Kanton das Inkasso, was je nach dem den Gang nach Frenkendorf erforderlich machen könnte. Es ist aber anzunehmen, dass wenn jemand diesen Gang tätigt, er wahrscheinlich

auch mit der kantonalen Steuer ein Thema hat. Daher ist auch das eher eine Erleichterung oder eine effizientere Gestaltung, da man nur noch an einen Ort gehen muss und nicht zuerst noch nach Binningen an den Schalter. Es gibt somit eine zentrale Anlaufstelle und der Aufwand sowohl für die Steuerpflichtigen wie auch für die zuständigen Stellen kann verringert werden.

Dann hat die SVP gefragt, ob der Meinungsumschwung mit der neuen Gesetzgebung ab 1.1.2025 zu tun hat, wodurch Betreibungen nur noch auf Konkurs vorgenommen werden müssen. Dies kann die zuständige Gemeinderätin ganz klar verneinen. Die Auslagerung des Steuerbezugs an den Kanton ist für die Gemeinde die einzig vertretbare Lösung. Sie steigert nicht nur die Effizienz, sondern reduziert auch die Risiken und vermeidet Abhängigkeiten. Sie vereinfacht die administrativen Abläufe, verringert den Aufwand für die Gemeinde, was gleichzeitig zu einer verbesserten Servicequalität für die Steuerpflichtigen führt. Durch die Übertragung des Steuerbezugs an den Kanton erhält die Gemeinde eine zukunftsfähige und langfristige, kostengünstige Lösung, die sowohl der Gemeinde als auch den Steuerpflichtigen zu Gute kommt. Hier kann die Rednerin auch noch den Grünen antworten. Es ist in der Tat so, dass die Gemeinde sehr viel Geld spart. Man müsste eine komplett neue Softwarelösung selbst programmieren lassen, um den Steuerbezug machen zu können. Das dürften sicher mehrere 100 000 Franken sein. Die Software müsste zudem nicht nur programmiert werden, sondern sie müsste jedes Jahr updated und gewartet werden, Support etc. Mit der Verlagerung an den Kanton hat man eine tolle Lösung, die effizient und kostengünstig ist. Nun ist der ideale Moment, dies zu tun.

Hubert Steffen, SVP findet es toll, dass alle die kantonale Steuerverwaltung derart loben mit Effizienzsteigerung etc. Aber im täglichen Leben empfindet er die kantonale Steuerverwaltung einfach als Horror. Bei Einsprachen wartet man drei bis vier Jahre. Nachsteuerverfahren werden über die Zeit hinaus verlängert. Bei Handänderungssteuern und Grundstückgewinnsteuern wartet man vier bis fünf Jahre bis etwas kommt. Die Veranlagungen, die von Liestal kommen, sind qualitätsmässig lausig. Der Votant hat kein Vertrauen in die kantonale Steuerverwaltung. Ob diese Effizienzsteigerung stattfindet, mag er sehr bezweifeln.

DETAILBERATUNG / LESUNG SYNOPSSEN

Da es keine Wortmeldungen mehr gibt, kommt die Präsidentin zur Lesung der Synopsen. Wie bei allen Teilrevisionen gibt es auch hier eine Lesung, ausser der Einwohnerrat bestimmt dies anders. Es sind drei Reglemente. Die Präsidentin beginnt mit dem Steuerreglement und wird jeweils die geänderten Paragraphen abfragen.

Steuerreglement

Erster Abschnitt

Keine Wortmeldungen.

§ 1 Gegenstand

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Steuerfuss

Keine Wortmeldungen.

§ 3 Steuerveranlagung

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Gemeindesteuerrechnung

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Rechtsmittel

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Fälligkeit, Vergütungs- und Verzugszins

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Steuerbezug

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Provisorische Rechnung

Keine Wortmeldungen.

§ 9 Stundung und Erlass

Keine Wortmeldungen.

§ 9a Übergangsbestimmungen

Keine Wortmeldungen.

Feuerwehrreglement

§ 11 Feuerwehropflichtersatzabgabe

Keine Wortmeldungen.

§ 15 Rechtsmittel

Keine Wortmeldungen.

Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen

§ 5 Rückzahlung von Zusatzbeiträgen

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Teilrevision Steuerreglement: 32 JA / 3 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 05)

Teilrevision Feuerwehrreglement: 34 JA / 3 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 06)

Teilrevision Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen: 35 JA / 2 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Steuerreglements der Gemeinde Binningen gemäss Beilage. Die revidierten Bestimmungen treten per 1. Januar 2026 in Kraft.
- ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Feuerwehrreglements der Gemeinde Binningen gemäss Beilage. Die revidierten Bestimmungen treten per 1. Januar 2026 in Kraft.
- ://: 3. Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Reglements zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen. Die revidierten Bestimmungen treten per 1. Januar 2026 in Kraft.
-

Postulat R. Oberli, SVP: Fairer Plakatierungsprozess für die Binninger Politik

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP vermutet, offenbar sei dem Gemeinderat ziemlich auf den Schwanz getreten worden, so wie er hier auf das Postulat Stellung nimmt. Etwas anderes als eine Trotzreaktion ist es nämlich nicht. Es ist schlichtweg falsch, dass es nur ein Problem der SVP ist. Die Kollegen der FDP oder der Mitte/GLP-Fraktion hat es beispielsweise auch schon mehrfach getroffen. Alleine die Tatsache, dass das Postulat und diverse andere Vorstösse zu diesem mittlerweile leidigen Thema überwiesen wurden, zeigt, dass die Thematik mehrere Parteien beschäftigt. Es ist nach wie vor unverständlich, warum die Gemeinde hier nicht mit sich diskutieren lassen möchte. Dabei ist es genau die Aufgabe einer professionell aufgestellten Gemeinde, die Milizpolitik zu unterstützen und nicht ihr Steine in den Weg zu legen. Offenbar braucht es für das Plakatieren mittlerweile mind. einen Bachelor. So tönt es zumindest, wenn jeweils die Begründung kommt, warum der Werkhof es nicht selbst machen kann. Der Gemeinderat hält an einem Vertrag mit der APG fest, bei welchem ebenfalls regelmässig darüber diskutiert wird, die Vergabe zu überprüfen.

Die Gemeinde hat den Votanten angefragt, was der Lösungsvorschlag der SVP wäre. Die Parteien könnten beispielsweise die Stellen selbst plakatieren. Damit wären sie zeitunabhängig und könnten auch beschädigte Plakate ersetzen. Allfällige Bedenken bzgl. einer Zuordnung, wer welches Plakat stellt, lassen sich einfach lösen, indem die Plakatspots publiziert werden. Der Vorschlag ist zuerst auf offene Ohren gestossen. Jetzt wird er in dieser Beantwortung nicht einmal erwähnt. Wäre es der Fraktion bewusst gewesen, dass sich der Gemeinderat bei diesem Thema ein weiteres Mal so unkooperativ zeigt, hätte sie der Verschiebung des Traktandums auf die heutige Sitzung nicht zugestimmt. Der heute eingereichte Vorstoss der FDP zu diesem Thema zeigt, und der Votant wiederholt sich an dieser Stelle ein weiteres Mal, dass das Thema nach wie vor relevant ist. Die SVP hat einen Lösungsvorschlag aufgezeigt und ist gerne dabei, eine umsetzbare Lösung zu finden. Die Fraktion ist deshalb für die Überweisung des Postulats und gegen dessen Abschreibung. Sie wissen, dass eine volle Pendenzenliste nichts Schönes ist. Aber das Thema ist und bleibt halt aktuell und das Problem ungelöst. Daher bitten sie die anderen Fraktionen, das Postulat zu überweisen und den beiden Abschreibungen nicht zuzustimmen.

Rahel Amacker, Mitte/GLP erklärt, die Mitte/GLP könne die im Postulat genannten Anliegen durchaus nachvollziehen. Auch ihre Fraktion kennt den Zeitdruck, der mit der fristgerechten Lieferung der Wahlplakate verbunden ist. Mehrmals ist es bereits vorgekommen, dass sie Plakate nicht rechtzeitig liefern konnten. Eine Situation, die für die politische Meinungsbildung sicherlich nicht ideal ist. Dennoch ist die Mitte/GLP der Meinung, dass das aktuelle Plakatierungssystem grundsätzlich gut funktioniert und sich über die Jahre hinweg bewährt hat. Die Zusammenarbeit mit der APG erscheint effizient und kostengünstig. Die Plakatierung läuft für alle Parteien nach einem transparenten und klaren Prozess ab. Zudem erhöhen die E-Panels die Flexibilität der Plakatierung deutlich, auch wenn sie derzeit leider nur einen kleinen Teil der Plakatstellen ausmachen. Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion die Anträge des Gemeinderats. Gleichzeitig ist die Mitte/GLP aber gespannt, welche Diskussionen und mögliche Lösungsansätze zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten, neu eingereichten Postulat zur Optimierung der Wahlplakatierung folgen werden. Denn die Fraktion sieht nach wie vor gewisse Verbesserungspotenziale, z.B. bei den Leerständen auf Plakatständern, die, ohne dass sie das bewährte System grundsätzlich in Frage stellen, umgesetzt werden könnten.

Kevin Lancashire, FDP hat zwei Punkte. Der erste Punkt, der kritisiert wurde, ist die Termineinhaltung. Dass es für die Parteien sehr knapp sei, Plakate abzuliefern. Dort vertritt er die Meinung, es sei wie bei einer Kampagne. Wenn der Termin gesetzt ist, dann muss man dann liefern. Er macht es bei der FDP so, dass sie einfach bis zum 15. Dezember die Plakate fertiggestellt haben. Das ist für ihn kein Problem. Das kann man lösen. Er hat das Gefühl, hier werde jede Partei fair behandelt. Der zweite Punkt ist, anstatt aus der Sicht der Parteien mehr Zeit zu haben, um das Plakat zu basteln, möchte er lieber, dass die Plakate für eine längere Zeit am Kronenplatz hängen. Die Anwesenden haben das Bild in seinem Postulat gesehen. Gähnende Leere. Der Redner möchte eher dort ansetzen, dass man die Plakate möglichst lange sieht. Aus diesem Grund wird die FDP einerseits die Überweisung des Postulats befürworten, aber auch das Abschreiben. Die Fraktion möchte sich auf das Postulat fokussieren, welches der Votant eingebracht hat, in dem es um die maximale Visibilität der Plakate zur Meinungsbildung in Binningen geht.

Jonathan Noack, SP erläutert, die SP sei der Meinung, dass der Prozess, wie er jetzt vorhanden ist, soweit funktioniere und, wie schon von der Mitte angetönt, die E-Panels durchaus auch ein Vorteil sind. Wenn der Werkhof plakatiert würde, hätte es nur minime Vorteile, würde aber enorme Kosten mit sich bringen. Daher geht die Fraktion in dieser Frage mit dem Gemeinderat.

Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Die Fraktion findet es sehr wichtig, dass der Plakatierungsprozess gerecht ist und alle Parteien sich beteiligen können. Sie bedauern es vor allem sehr, dass teilweise Plakatstellen ungenutzt bleiben. Der Gemeinderat hat jetzt wiederholt Alternativen geprüft und keine guten gefunden. Es fragt sich, ob die SVP vielleicht in die andere Richtung bessere Lösungen finden kann. Es sollte nämlich sicher keine systemische Benachteiligung einer Partei geben. Aber scheinbar ist der Handlungsspielraum bei der Plakatierung momentan begrenzt. Bezüglich der leeren Stellen haben die Grünen/EVP schon einmal vorgeschlagen, dass diese anderweitig genutzt werden könnten. Es ist sehr schade, wenn sie nicht für die Meinungsbildung genutzt werden können und sieht auch nicht sehr schön aus. Wenn neben den offiziellen Plakaten, Flächen zur Verfügung stehen würden, auf welchen ein Austausch zu den Vorlagen stattfinden kann, könnte das vielleicht auch davon abhalten, Plakate selbst mit Meinungsäusserungen zu zerstören. Daher stellt die Fraktion folgenden Antrag: «Der Gemeinderat wird beauftragt, die nicht plakatierten Stellen weiss zu plakatiert, damit sie zur Diskussion und zur Meinungsbildung genutzt werden können.».

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP weiss nicht, wie viele Stunden die Anwesenden bereits über das Thema «Plakatieren» gesprochen hat. Der Einwohnerrat hat beschlossen, dass das Wildplakatieren aufgehoben wird. Der Gemeinderat hat zusammen mit dem Einwohnerrat Lösungen erarbeitet, die funktionieren und transparent sind. Es gelten für alle die gleichen Regeln. Dass man Fristen einhalten muss, hat Kevin Lancashire relativ klar gesagt. Das ist einfach so. Das kann der Gemeinderat nicht ändern. Die Aushangdauer liegt bei maximal sechs Wochen vor den Wahlen und Abstimmungen. Auch daran kann man nichts ändern. Aber grundsätzlich funktioniert das System. Der Gemeinderat beantragt Überweisung, die Fragen wurden beantwortet. Es gibt inzwischen ja auch schon wieder einen neuen Vorstoss, bei welchem man sich wieder mit diesem Thema beschäftigen darf. Vielen Dank dafür. Wenn man vor diesem Hintergrund die bestehenden Vorstösse stehen lassen will, dann fehlt der Gemeindepräsidentin ehrlicherweise irgendwann das Verständnis. Am Schluss weiss niemand mehr, was man genau prüfen und wie miteinander verknüpfen soll, was nun erledigt und was noch pendent ist.

Wenn sie die Voten hört, dann ist das Problem bei den meisten, ausser bei der SVP, vor allem, dass es Leerflächen gibt, die nicht schön aussehen und die man für die Meinungsbildung besser nutzen könnte. Abgesehen davon, dass Binningen eine Plakatmenge hat, die gemessen an der Einwohnerzahl die des Kantons Basel-Stadt überschreitet, aber ja, man kann auch die bestehenden Leerstellen noch irgendwie füllen. Nun gibt es einen neuen Vorstoss, zu dem sich der Gemeinderat äussern wird. Die Anwesenden werden sicherlich auch diesen Vorstoss überweisen. Daher bittet sie darum, wenigstens die bestehenden Vorstösse abzuschreiben. Sonst wird das Chaos irgendwann nicht mehr überblickbar. Was den Antrag der Grünen betrifft, weiss sie nicht, was dieser für einen Mehrwert gegenüber dem Vorstoss der

FDP generiert. Die Verwirrung wäre bei ihr wieder gross. Muss dieser im Zusammenhang mit diesen Postulaten behandelt werden oder wäre es nicht sinnvoller, ihn im Rahmen des Vorstosses, den die FDP neu lanciert hat, zu beantworten? Denn ehrlicherweise blickt die Votantin langsam nicht mehr durch bei all den Vorstössen, die zu diesem Thema hängig sind. Sie bittet die Ratsmitglieder nochmals, das Postulat zu überweisen und sowohl das Postulat wie auch die Motion abzuschreiben. Es gibt einen neuen Vorstoss, im Rahmen dessen man den Antrag der Grünen wunderbar beantworten kann.

Sirin Hauri, Grüne/EVP ist einverstanden. Sie zieht den Antrag zurück in Hinblick auf den noch hängigen Vorstoss. Der Antrag kann dann beantwortet werden.

Rahel Amacker, Mitte/GLP möchte sich noch kurz zu den Leerständen äussern, bevor die Antwort auf das neue Postulat verfasst wird und dieser Punkt dann möglicherweise nicht berücksichtigt wird. Ihrer Partei geht es darum, dass sie Plakate anmelden muss, bevor sie teilweise Parolen hat oder weiss, ob ihre Mutterpartei, national oder kantonal, ihr Plakate liefern kann. Früher haben sie immer angemeldet, dass sie Plakate liefern werden. Daher waren Leerstellen oft auch ihrer Partei geschuldet. Irgendwann haben sie aufgehört, dies zu tun und melden jetzt einfach gar keine Plakate mehr an. Von der Mitte sieht man momentan keine Plakate ausser bei Wahlen, bei denen sie die Plakate selbst designen und sich wirklich an die Fristen halten können. Die Rednerin würde sich auch gerne an die Fristen halten, aber sie können das nicht selbst bestimmen. Hier sieht sie noch grosses Potenzial. Dass man sagt, man darf sich anmelden, kann sich aber noch zurückziehen. Dann könnten die Leerstellen entweder an andere verteilt werden oder man könnte auch ein bis zwei Standorte zurückziehen. Das fände sie schön. Manchmal hätte es ihnen zeitlich noch gereicht, aber sie wollten nicht jedes Mal für die Leerstände verantwortlich sein. Sie wäre dankbar, wenn man dies berücksichtigen könnte.

Hubert Steffen, SVP erwähnt, Beatrice Büschlen habe seinerzeit das Thema ausführlich abgehandelt und hat mit der APG gesprochen. Das Resultat war eindeutig, dass die APG sehr flexibel sei und es für sie kein Problem sei, wenn die Plakate vielleicht ein bis zwei Tage später kommen. Der Redner sieht, die Flexibilität der APG ist vorhanden. Daher versteht er nicht, wieso man mit den Fristen plötzlich ein Statut stempeln sollte.

Roman Oberli, SVP möchte seiner Vorrednerin Rahel Amacker zustimmen. Das ist auch das Problem seiner Partei und das hat er auch schon von der FDP gehört. Daher war er vorhin vom Votum von Kevin Lancashire erstaunt, dass die FDP das Fristenproblem nicht kennt. Bei gewissen Sachen ist es so, dass nationale Kampagnen gefahren werden und die Organisation und Struktur von dort kommt. Sie hätten als Lokalpartei gar nicht die Kapazitäten, irgendetwas selbst auf die Beine zu stellen, falls dies nicht klappt. Wenn man die jetzigen Fristen beibehalten möchte, ist dies schön und gut. Aber es muss Handlungsspielraum geben. Auch wenn es mit der APG weitergeht, muss man eine Lösung finden, dass man eine Art Zweitwelle in Auftrag geben kann, sodass in einem späteren Prozess nochmals Plakate aufgehängt werden. Dann bezahlt man dies halt extra. Aber er findet, dieser Beitrag sei die Demokratie wert.

Lewin Lempert, SP findet, in dieser ganzen Diskussion müssen sich die Parteien auch selbst an der Nase nehmen. Wenn die nationale Partei nicht in der Lage ist zu sagen: «Es gibt ein Plakat zu geschätztem Datum xy. Es sieht ungefähr so aus.», dann muss man das mit der Kantonalpartei anschauen, dass sich das verbessert oder halt auch mit der nationalen Partei. Die SP macht das und daher funktioniert es.

Christian Schmid, SVP äussert, es gebe halt gewisse Parteien, in denen viele Leute Sachen nicht als Vollprofis machen und nicht von der Politik leben. Sie haben noch einen normalen Job und finanzieren damit auch diesen tollen Staat. Daher möchte er sich gerne Roman Oberli anschliessen. Es sollte uns das Geld wert sein. Der Redner findet, man sollte eine Anfrage bei der APG machen, was eine zweite Welle kosten würde. Es gibt genügend Vorstösse, die wahrscheinlich einiges mehr an Geld kosten. Die Demokratie sollte uns das wert sein. Es ist aus seiner persönlichen Sicht auch eine der wenigen Aufgaben, die eine Gemeinde wirklich wahrnehmen sollte.

ABSTIMMUNG

Überweisen Postulat: 37 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 08)

Abschreiben Postulat: 22 JA / 15 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 09)

Abschreiben Motion: 22 JA / 15 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat überweist das Postulat 0014 «fairer Plakatierungsprozess für die Binninger Politik» an den Gemeinderat.
- ://: 2. Der Einwohnerrat schreibt das Postulat 0014 «fairer Plakatierungsprozess für die Binninger Politik» ab.
- ://: 3. Der Einwohnerrat schreibt die interfraktionelle Motion 0071 «Neuer Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen» ab.
-

Traktandum 8

Nr. 47

Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stephan Siegel, SVP ist erfreut, dass der Gemeinderat sich dem Anliegen annehmen will und gespannt auf die Argumente derer, die das nicht möchten. Daher möchte er vorerst gar nicht mehr sagen.

Gaida Löhr, SP will dieser Spannung etwas kontern. Die SP ist tatsächlich nicht für das Postulat. Sie begründet dies gerne. Graffitis können toll sein. Sie können Kunst sein, aber meistens sind sie das nicht. Meistens ist es eher eine Schmiererei und auch nicht schön. Das allerdings ist ihrer Ansicht nach nicht die relevante Frage. Graffitis haben, auch wenn sie Kunst sind, nichts auf Privatwänden zu suchen. Soweit ist die Fraktion einverstanden. Sie sind auch durchaus der Meinung, dass es richtig wäre, wenn man dies verhindern könnte. Der Gemeinderat verlangt, das Postulat solle abklären, was man dagegen machen kann, dass dies stattfindet. Ehrlich gesagt denkt sie, alle Anwesenden wissen, was man machen kann. Das muss man nicht lange abklären. Man kann entweder mit vielen Kameras oder mit noch mehr Polizisten oder Sicherheitsleuten Überwachung betreiben. Das ist nicht nur teuer, sondern ihrer Ansicht nach auch unschön. Die totale Überwachung bringt es aus Sicht der SP nicht. Es geht aber nicht darum, dass sie findet, es bringe nichts. Sie hat auch das Gefühl, es gebe nichts, dass der Gemeinderat hier gross abklären müsse. Grundsätzlich könnte man es direkt verlangen, denn x Varianten, was man hier machen kann, gibt es nicht.

Die Votantin hat in der letzten Zeit als Schulrätin etwas erlebt. Im Dorf gibt es eine Baustelle. Sowohl die Schüler/innen des Margarethen Schulhauses wie auch die Schüler/innen des Birkenwegs fanden, es wäre toll, dort zu sprayen. Die Lehrpersonen haben sie darauf hingewiesen, dass man dafür einen Antrag stellen muss. Das haben sie gemacht und soweit die Votantin weiss, haben die Schüler/innen auch eine Bewilligung erhalten. Das wäre eine tolle Prävention, wenn Schulkinder frühzeitig lernen würden, dass man so die Möglichkeit erhält zu sprayen. Das wäre Prävention. Die SP ist grundsätzlich der

Meinung, dass das Postulat eine reine Beschäftigungstherapie für den Gemeinderat ist. So ungut sie es finden, dass Schmierereien vorhanden sind. Sie finden es auch nicht gut, wenn eingebrochen wird und sie finden viele andere Sachen nicht gut. Aber mehr Überwachung finden sie auch nicht sinnvoll und Beschäftigungstherapie für den Gemeinderat finden sie überflüssig.

Nina Eldridge, Mitte/GLP dankt dem Postulanten, der auf das Graffiti aufmerksam gemacht hat. Graffiti verschandeln das Ortsbild und bergen auch hohe Kosten für die Entfernung. Trotzdem empfindet die Mitte/GLP Graffiti und Vandalismus nicht als grundsätzliches Problem in Binningen. Es handelt sich hier um Einzelfälle. Die Fraktion begrüsst überwiegend die Überweisung des Postulats an den Gemeinderat, möchte hier aber auch einen Anreiz für kreative Lösungsansätze setzen. Eine grössere Überwachung durch Kameras oder vermehrte Polizeipatrouillen sollten nicht die Lösung sein. Man kann nicht jede Ecke in der Gemeinde überwachen lassen. Das ist weder umsetzbar noch wünschenswert. Eine Möglichkeit wäre es, einen Ort für Graffiti und Kreativität zu schaffen. Solche Forderungen gibt es auch schon länger in Basel-Stadt. Im Gegensatz zu Binningen gibt es in der Stadt aber schon viele Orte, wo das Sprayen zwar noch nicht legal ist, aber toleriert wird. Wenn man z.B. mit dem Zug in die Stadt einfährt, fährt man entlang einer der längsten und bekanntesten Graffitiwände in Europa. Graffiti kann in einem geregelten Rahmen Kunst und nicht nur Vandalismus sein. Die Mitte/GLP-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats zu und ist gespannt, welche Ansätze der Gemeinderat verfolgen möchte.

Marco Giani, FDP meint, es sei natürlich unglücklich, dass es ein Graffiti an einem solch prominenten Ort gegeben habe. Ihm ist jedoch nicht bekannt, dass das in Binningen ein erhöhtes Problem ist im Vergleich zu anderen Regionen. Die FDP ist auch für eine Überweisung, damit man dies prüft und anschaut, jedoch in jedem Fall, wie es schon steht, unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen resp. in einem vernünftigen Rahmen.

Peter Bertschi, Grüne/EVP erklärt, die Grünen/EVP seien natürlich auch grundsätzlich gegen Vandalismus. Sie finden es nicht gut, wenn Sachen versprayt werden. Sie haben es sehr divers diskutiert. Es gibt natürlich auch schöne Graffiti, aber die sollten dort gesprayt sein, wo sie hingehören und nicht auf eine Hauswand. Die Fraktion hat es diskutiert und bei diesem Thema Stimmfreigabe beschlossen.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP dankt für die Aufnahme der Antwort des Gemeinderats auf das Postulat mit dem Antrag auf Überweisung. Er kann dazu sagen, dass dies auch die Haltung des Gemeinderats ist. Er hat die von verschiedenen Seiten erwähnten Punkte auch diskutiert. Es ist dem Gemeinderat und dem Votanten persönlich ein Anliegen, dass man dies ernst nimmt. Das Verschmieren von Wänden ist absolut inakzeptabel. Es ist eine kulturelle Verwahrlosung. Das will man nicht fördern und man möchte das, was vernünftigerweise dagegen getan werden kann, auch machen. Es ist weder schön, noch ist es ein gutes Zeichen für eine gute Kultur und ein guter Umgang in dieser Gemeinde, wenn man solche Sachen macht. Der Antrag auf Überweisung ist in dem Sinn wie ausgeführt. Es soll angeschaut werden, was solche Massnahmen sein könnten. Ein paar wurden auch schon genannt. Die Fantasie ist da ja nicht so gross. Man kann es überblicken. Der Gemeinderat möchte aufzeigen, was solche Massnahmen wären. Es kann gerne auch die Idee, die von der Mitte/GLP gekommen ist, mitaufgenommen werden. Ganz wichtig scheint ihm, das wurde von der FDP gesagt, der Kosten-Nutzen bei dieser Sache. Der Votant kann die Anwesenden aber beruhigen. Es wird keine wahnsinnige Beschäftigung für die sieben Gemeinderatsmitglieder geben und auch nicht für ihn persönlich. Der Aufwand, den es braucht, um das Postulat zu beantworten, ist im Rahmen. Es gibt bereits gewisse Vorstellungen. Es ist vielleicht auch ein Zeichen, dass man das Parlament ernst nimmt und das Postulat nicht bereits beantworten wollte. Man wollte zuerst die Meinungen im Rat abholen und über die Überweisung diskutieren. Anschliessend können die Antworten geliefert werden. Der Gemeinderat beantragt Überweisung.

Stephan Siegel, SVP dankt Gemeinderat Marc Schinzel. Vielleicht noch zwei, drei Punkte. Das war genau der Punkt, wieso die SVP dies als Postulat eingereicht hat. Sie wollten nicht bereits konkrete Massnahmen fordern und sagen, es müssen die und die sein, sondern wirklich: Was macht am meisten Sinn? Der

Redner warnt davor, es immer zu relativieren. Alle haben gesagt, es sei nicht schön auf Privateigentum, aber es gebe ja auch schöne Graffitis und bei uns sei es nicht schlimmer als in anderen Gemeinden usw. Man muss einfach einmal sagen: Schmierereien, Sachbeschädigung von privatem Eigentum ist nicht korrekt. Alles andere ist ein anderes Thema, das man auch angehen kann. Sauberkeit und Ordnung sind wichtig. Man weiss ja, wenn einmal ein Fenster eingeschlagen ist, ist die Hemmschwelle, das zweite Fenster einzuschlagen, viel kleiner. Daher lohnt sich dieser Aufwand auch. Das Beispiel ist an einem prominenten Ort. Es ist nicht einfach ein kleiner Tag. Es ist riesig. Wie kann es sein, dass dies in der Gemeinde einfach so, ungestört passiert? Das ist nicht korrekt und daher dankt er dem Gemeinderat.

ABSTIMMUNG

Überweisen: 24 JA / 7 NEIN / 7 Enthaltungen (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Diversa

Die Präsidentin schliesst die Sitzung um 21.00 Uhr.

ER-Sitzung vom 24. Februar 2025

			Gesch. Nr. 45	Gesch. Nr. 18	Gesch. Nr. 19		Gesch. Nr. 51			Gesch. Nr. 14			Gesch. Nr. 47
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
			wiederkehrende Berichterstattung	Diskussion	Umwandlung in ein Postulat	Überweisung Postulat	Teilrevision Steuerreglement	Teilrevision Feuerwehrreglement	Teilrevision Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat	Abschreibung Motion Nr. 71/XIII	Überweisung Postulat
Nr.	Name	Fraktion											
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
14	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
15	Schellenberg	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
30	Maier	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
31	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Nein	Nein	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
TOTAL													
Ja			37	35	32	38	32	34	35	37	22	22	24
Nein			0	0	6	0	3	3	2	0	15	15	7
Enthaltungen			0	3	0	0	3	1	1	1	1	1	7
			37	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38